

Niederschrift

über die 9. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses am 10.02.2022
(11. Wahlperiode)

Tagesordnung

| | Seite |
|--|-------|
| Öffentliche Sitzung | 4 |
| 1 Einwohnerfragestunde | 4 |
| 2 Verzicht auf die Erhebung von Gebühren für gastronomische Sondernutzungen an öffentlichen Straßen nach der Sondernutzungssatzung der Stadt Meerbusch vom 19.06.2013 Vorlage: BM/1465/2022 | 4 |
| 3 Anträge | 4 |
| 4 Anfragen | 5 |
| 4.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.01.2022 bzgl. Beschaffungswesen Vorlage: BJ/0181/2022 | 5 |
| 4.2 Anfrage der SPD vom 08.02.2022 bzgl. Mietspiegel Vorlage: BJ/0182/2022 | 5 |
| 4.3 Anfrage der SPD vom 08.02.2022 bzgl. Obdachlosenunterkünfte Vorlage: BJ/0183/2022 | 5 |
| 5 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle | 6 |
| 6 Termin der nächsten Sitzung: 26. April 2022 | 6 |
| 7 Verschiedenes | 6 |

Sitzungsort: Städt. Realschule Osterath, Görresstr. 6, 40670 Meerbusch, Aula

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:45 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Christian Bommers Bürgermeister

von der CDU-Fraktion

| | | |
|-----------------------------|--------------|--|
| Herr Herbert Becker | Ratsmitglied | Vertretung für Herrn Hans Jürgen Denecke |
| Herr Werner Damblon | Ratsmitglied | |
| Frau Marlis Docktor | Ratsmitglied | Vertretung für Herrn Fabian Hasebrink |
| Frau Norma Köser | Ratsmitglied | Vertretung für Frau Petra Schoppe |
| Herr Jonas Kräling | Ratsmitglied | |
| Herr Hans Werner Schoenauer | Ratsmitglied | |
| Herr Jörg Wartchow | Ratsmitglied | |

von der SPD-Fraktion

| | |
|----------------------------------|--------------|
| Frau Nicole Niederdelmann-Siemes | Ratsmitglied |
| Frau Heidemarie Niegeloh | Ratsmitglied |

von der FDP-Fraktion

| | | |
|--------------------|--------------|--------------------------------------|
| Frau Kirsten Danes | Ratsmitglied | Vertretung für Herrn Thomas Gabernig |
| Herr Ralph Jörgens | Ratsmitglied | |

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

| | | |
|--------------------------|--------------|-----------------------------------|
| Frau Monika Driesel | Ratsmitglied | Vertretung für Herrn Guido Fliege |
| Frau Barbara Neukirchen | Ratsmitglied | |
| Herr Jürgen Peters | Ratsmitglied | |
| Frau Dr. Karen Schomberg | Ratsmitglied | |

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

| | |
|-------------------------|--------------|
| Frau Daniela Glasmacher | Ratsmitglied |
|-------------------------|--------------|

von der Verwaltung

| | |
|--------------------------|--|
| Herr Dr. Marc Saturra | Leiter Büro des Bürgermeisters und Justizariat |
| Herr Patrick Wirtz | Referent des Bürgermeisters |
| Herr Frank Maatz | Erster Beigeordneter |
| Herr Michael Assenmacher | Techn. Beigeordneter |
| Herr Ulrich Mombartz | Vorsitzender Personalrat |
| Frau Franziska Salomon | Ratsbüro |
| Herr Christian Volmerich | Stadtkämmerer |

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Herr Hans Jürgen Denecke

Ratsmitglied

Herr Fabian Hasebrink

Ratsmitglied

Frau Petra Schoppe

Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Thomas Gabernig

Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Guido Fliege

Ratsmitglied

von der Fraktion Die Fraktion

Herr Marc Becker

Ratsmitglied

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Herr Bürgermeister Bommers die anwesenden Ausschussmitglieder sowie die Vertretung der Presse. Zudem begrüßt er den Vorstand der GWG Viersen AG, Michael Aach, der im nicht-öffentlichen Teil gemäß dem Wunsch aus der vergangenen Sitzung des Ausschusses zur geplanten Kapitalerhöhung der GWG Viersen AG ausführen wird.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung ergeben sich nicht.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

2 Verzicht auf die Erhebung von Gebühren für gastronomische Sondernutzungen an öffentlichen Straßen nach der Sondernutzungssatzung der Stadt Meerbusch vom 19.06.2013 Vorlage: BM/1465/2022

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Meerbusch zu beschließen, auch in 2022 auf die Erhebung der Gebühren für erlaubnispflichtige gastronomische Sondernutzungen an öffentlichen Straßen gemäß § 9 Abs. 1 der Sondernutzungssatzung der Stadt Meerbusch vom 19.06.2013 zu verzichten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeister Bommers führt zu den Inhalten der Vorlage aus.

Ratsfrau Niegeloh weist darauf hin, dass der Verzicht zwar eine wichtige Hilfe in der Pandemie für die Gastronomie sei, aufgrund der Haushaltslage der Stadt sei dies jedoch keine dauerhafte Lösung. Daher sei ein Verzicht jederzeit neu zu prüfen.

Ratsherr Peters weist auf die Wichtigkeit der Hilfe hin, da die Gastronomen die Ausfälle aufgrund der Beschränkung des Zutritts in Innenräume über die Außengastronomie nicht vollends auffangen könnten.

Ratsherr Damblon begrüßt den Verzicht und weist auf die Wichtigkeit des gastronomischen Angebotes und damit einhergehend der Außengastronomie insgesamt für das Stadtleben und -bild hin.

Ratsherr Jörgens stimmt Ratsherr Damblon zu. Über eine Verringerung der „Terrassengebühr“ solle daher ungeachtet der Pandemie beraten werden.

Sodann lässt Bürgermeister Bommers über die Beschlussvorlage abstimmen.

3 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

4 Anfragen

4.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.01.2022 bzgl. Beschaffungswesen Vorlage: BJ/0181/2022

Ratsherr Peters führt zur Intention der Anfrage aus, dass der Eindruck bestehe, dass der für Beschaffungen gefasste Beschluss aus dem Jahr 2008 hinsichtlich einzuhaltender Aspekte der Nachhaltigkeit nicht vollends berücksichtigt werde.

Bürgermeister Bommers geht auf die genannten Fragestellungen ein. Die vollständige Beantwortung der Anfrage ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

4.2 Anfrage der SPD vom 08.02.2022 bzgl. Mietspiegel Vorlage: BJ/0182/2022

Bürgermeister Bommers weist darauf hin, dass für Anträge und Anfragen die geltenden Fristen gemäß der Geschäftsordnung eingehalten werden sollen.

Erster Beigeordneter Maatz führt zu den Inhalten der Anfrage aus, dass zum 01.07.2022 das Inkrafttreten des „Mietspiegel-Gesetzes“ beabsichtigt sei. Demnach müssten alle Städte über 50.000 Einwohner einen örtlichen Mietspiegel vorhalten. Da es sich bei dem Gesetz um ein Bundesgesetz handle, sei die Zulässigkeit der Weisung an die Kommunen rechtlich in Frage zu stellen.

In Meerbusch würde durch den Verein Haus und Grund bereits ein Mietspiegel zum Stichtag 01.12.2021 zur Verfügung gestellt. Dieser sei gegen eine geringe Schutzgebühr erhältlich. Sofern das Gesetz in Kraft trete, werde dieser Mietspiegel herangezogen und gemäß den gesetzlichen Vorgaben durch die Kommune kostenfrei zur Verfügung gestellt. Haus und Grund arbeite zudem derzeit an einer webbasierten Lösung, die ebenfalls kostenfrei zugänglich sein solle.

4.3 Anfrage der SPD vom 08.02.2022 bzgl. Obdachlosenunterkünfte Vorlage: BJ/0183/2022

Erster Beigeordneter Maatz führt aus, dass der Beginn des Projektes zur Sanierung der Obdachlosenunterkünfte im Herbst 2019 erfolgt sei. Für den Haushalt 2020 sei ein entsprechender Ansatz durch den Rat berücksichtigt worden, die auf dessen Grundlage erfolgte Ausschreibung sei jedoch ohne Ergebnis geendet. Im Sozialausschuss sei sodann erörtert worden, dass neben der gescheiterten Ausschreibung die beginnende Pandemie zu einer starken Dynamisierung und einer gestiegenen Nachfrage nach einer Unterkunft im Obdach geführt habe. Allein seit Beginn der Pandemie seien 21 neue Fälle registriert worden, die Gesamtzahl aller Fälle belaufe sich auf 61.

Aufgrund dieser gestiegenen Zahl sei die geplante sukzessive Sanierung ohne Auszug der Bewohnenden nicht möglich. Eine externe Unterbringung in den Flüchtlingsunterkünften sei aus verschiedenen Gründen ebenfalls nicht möglich. Der Haushaltsansatz sei daher zwischenzeitlich auf 3 Millionen Euro angehoben worden, um Interimslösungen herzustellen. Aufgrund der gestiegenen Nachfrage nach Containern und ähnlichen Bauten im Zuge der Pandemie sowie der weiterhin stark steigenden Baukosten könne jedoch auch diese Lösung zeitnah nicht realisiert werden. Zudem sei perspektivisch durch das Wachstum der Stadt und die Auswirkungen der Pandemie mit einem erhöhten Platzbedarf zu rechnen.

Die Verwaltung erarbeite daher derzeit eine Lösung für eine alternative Realisierung, die zeitnah den politischen Gremien vorgestellt werden solle.

5 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Der Ausschuss nimmt die Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

Weiterhin berichtet die Verwaltung zu folgenden Themen:

Sperrung L137

Technischer Beigeordneter führt zum aktuellen Sachstand der Sperrung aus. Ursache sei demnach eine Unterspülung der Fahrbahn durch den querenden Mühlenbach. Die zwischenzeitlich bereits erstellten Berechnungen für die Anforderungen des Durchlasses unter der Fahrbahn hätten gezeigt, dass die vorhandene Verrohrung für ein Hochwasser nicht ausreichend sei. Eine bauliche Ertüchtigung sei daher notwendig, die derzeit durch Straßen.NRW und den Deichverband erörtert würde. Nach derzeitigen Informationen sei ein Brückenbauwerk notwendig, dessen Errichtung ca. ein ¾ Jahr in Anspruch nehme. Vor dem Hintergrund der Sicherstellung des Verkehrsflusses werde daher eine mögliche einseitige Befahrbarkeit geprüft. Die derzeitige Umleitungsstrecke sei nach einiger Verzögerung durch Straßen.NRW inzwischen ausgeschildert, der städt. Bauhof habe zur zeitnahen Einrichtung unterstützt. Aufgrund des mit der Umleitung einhergehenden zusätzlichen Verkehrs auf dem Winklerweg sei dort zur Sicherung des Schulweges eine Ampelanlage installiert worden.

Ratsherr Peters regt den Einsatz von Schülerlotsen auf dem Winklerweg an.

Auf Nachfrage erläutert Technischer Beigeordneter Assenmacher, dass auch Feuerwehr, Polizei und Rettungsdienste die Fahrbahn derzeit nicht nutzen könnten. Verzögerungen in der Anfahrt aufgrund der Umleitungen träten jedoch keine ein, da die Einsatzfahrzeuge anhand der Sonderrechte auch andere Wege im Umfeld nutzen könnten.

Öffnung der Bürgerbüros

Erster Beigeordneter Maatz informiert, dass zum 21.02.2022 die Bürgerbüros in Osterath und Lank wieder öffneten, sofern seitens der Ministerpräsidentenkonferenz am 16.02. hinsichtlich weiterer Maßnahmen im Kontext der Pandemie keine anderweitigen Entscheidungen, die zur Grundlage zu nehmen wären, getroffen würden.

Entschädigungsverordnung

Justiziar Dr. Saturra weist darauf hin, dass die Sätze der Entschädigung für Rats- und Ausschussmitglieder zum 01.01.2022 angepasst worden seien. Da dies kurzfristig erfolgt sei, werde eine entsprechende Nachzahlung berücksichtigt. Weitergehende Änderungen seien nachzeitigem Informationsstand mit der Verabschiedung des Gesetzes über digitale und hybride Gremiensitzungen geplant. Dies sei entsprechend abzuwarten.

6 Termin der nächsten Sitzung: 26. April 2022

7 Verschiedenes

Bauarbeiten im Bereich des P+R-Platzes Haus Meer

Ratsfrau Niegeloh erkundigt sich nach den Gründen für die Baumaßnahmen im Bereich der Grünanlage am P+R-Platz Haus Meer.

Technischer Beigeordneter Assenmacher erläutert, dass im Zuge der Maßnahmen ein Retentionsbecken zum Abfluss des Niederschlagswassers vom P+R-Platz freigelegt und erneuert werde.

Fluglärmkommission

Ratsfrau Glasmacher weist darauf hin, dass der Termin der kommenden Sitzung der Fluglärmkommission verlegt worden sei. Sie bittet den Bürgermeister um einen erneuten Antrag zum Verzicht auf das Flachstartverfahren, da der bisher geltende Beschluss durch die Airlines offensichtlich nicht umgesetzt werde.

Bürgermeister Bommers führt aus, dass er sich für eine Umsetzung der Beschlüsse weiterhin stark machen werde.

Meerbusch, den 16. Februar 2022

Christian Bommers
Bürgermeister

Patrick Wirtz
Schriftführer